4

Vertrag über die Zusammenarbeit und Bildung einer Zählgemeinschaft zwischen SPD, CDU , FDP und BAUERN PLUS im Kreistag Havelland, Wahlperiode 2008 - 2014

Getragen von Beschlüssen ihrer Partei- bzw. Vorstandsgremien schließen die Fraktionen von SPD, CDU, FDP und BAUERN PLUS im Kreistag Havelland für die Wahlperiode 2008 - 2014 diesen Vertrag über Zusammenarbeit und die Bildung einer Zählgemeinschaft.
Die Vertragspartner gründen ihre Zusammenarbeit mit dem Ziel, eine nachhaltige, weiter positive Regionalentwicklung im Havelland zum Wohle seiner Bürger zu fördern. Sie sind der Überzeugung, dass diesem Ziel unter der absehbar weiter angespannten Lage am Finanzmarkt und der Wirtschaft, einschließlich denkbarer Auswirkungen, durch die Zusammenarbeit von SPD, CDU, FDP und BAUERN PLUS sowie klarer, berechenbarer Mehrheiten im Kreistag am besten entsprochen wird.
Die derzeit erreichten Entwicklungen, Sach- und Entscheidungsstände der Kreispolitik in den unterschiedlichen Aufgabenfeldern, wie bei der Organisation der Kreisverwaltung selbst, werden als verlässliche Grundlage und als Ausgangspunkt der Arbeit der Vertragspartner betrachtet.
Den Rahmenbedingungen entsprechend wird die Zählgemeinschaft einen Schwerpunkt ihrer Arbeit auf die Haushaltskonsolidierung und letztlich die Wahrung der finanziellen Handlungsfähigkeit des Landkreises setzen. Die Fraktionen stimmen in der Bewertung überein, dass die nicht aufgabenadäquate staatliche Finanzausstattung der Landkreise allein durch eigene Anstrengungen nicht kompensiert werden kann, womit Handlungs- und Gestaltungsspielräume deutlich eingeengt sind.
In Kenntnis der allgemeinen Lage der öffentlichen Finanzen wird die Zählgemeinschaft dennoch durch klare Prioritätssetzung in vielen Aufgabenfeldern Entwicklung befördern und Akzente setzen. Dies betrifft insbesondere in diesem Vertrag fixierte Themen und alle Fragen, die die strukturelle und wirtschaftliche Fortentwicklung des Havellandes, die regionale Vermarktung und die Belebung des Arbeitsmarktes betreffen.

1. Organisation der Zusammenarbeit, Grundsätze und Personalfragen

Die Fraktionen von SPD, CDU, FDP und BAUERN PLUS im Kreistag Havelland gründen ihre Zusammenarbeit für die laufende Kommunalwahlperiode auf diesen Vertrag und etwaige diesbezügliche Nachverabredungen.

Die Fraktionen bilden im Kreistag eine Zählgemeinschaft.

Es wird ein Koalitionsausschuss eingerichtet. Ständige Mitglieder sind die Fraktionsvorsitzenden und Fraktionsgeschäftsführer, Landrat, Erster Beigeordneter und Dezernent IV. Soweit damit nicht erfasst, sind die Parteivorsitzenden bzw. der Vorsitzende des Kreisbauernverbandes als Gäste zugelassen. Bei Bedarf wird sitzungsbezogen der Teilnehmerkreis paritätisch erweitert. Der Koalitionsausschuss stimmt die Arbeit der Fraktionen auf die Sitzungen des Kreistages ab. Er tagt im Regelfall 1 x im Monat, um rechtzeitig über wichtige Vorhaben zu informieren und entsprechende Entscheidungen einvernehmlich vorzubereiten. Im Bedarfsfall tagt er auch zu Einzelthemen und zur Konfliktregulierung.

Die Fraktionen von SPD, CDU, FDP und BAUERN PLUS bemühen sich um eine sachorientierte Arbeit im Kreistag und in den Fachausschüssen.

Anträge bringen die Vertragspartner in Ausschüsse und den Kreistag regelmäßig gemeinsam ein.

Die Öffentlichkeitsarbeit der Fraktionen soll in den Themen und Fragen, die im Kreistag zur Befassung gelangen oder absehbar gelangen sollen, abgestimmt werden. Das Recht einer Fraktion zur unabgestimmten eigenständigen Abgabe von Erklärungen soll uneingeschränkt bestehen.

In jedem Fall sorgen die Vertragspartner dafür, dass durch öffentliche Verlautbarungen im Vorfeld erforderlicher Abstimmungen zu Sachfragen, Verhandlungsspielräume nicht eingeschränkt und Positionen zementiert werden.

Die Vertragspartner unterstützen grundsätzlich und konstruktiv die Arbeit des Landrates, der Beigeordneten und der Verwaltung.
Die Verwaltungsorganisation unterliegt ohne Einschränkung der Verwaltungsführung. Die Zuständigkeiten für Personalentscheidungen bleiben nach geltender Hauptsatzung unberührt. Sofern der Landrat Dezernenten bestellen muss oder will, verlangen die Vertragspartner dass dies mit ihnen einvernehmlich abgestimmt wird. Für die Bestellung von Amtsleitern ist das Benehmen herzustellen. Die Vertragspartner sind rechtzeitig in den Entscheidungsprozess einzubinden.

Die vertragsschließenden Fraktionen verständigen sich darauf, entsprechend Vorschlag der SPD im September 2009 die Wahl/Wiederwahl des Landrates nach § 127 BbgKVerf durchzuführen.

Die Vertragspartner vereinbaren weiterhin für die Wahlperiode des Kreistages die Wahl/Wiederwahl und Bestellung von bis zu 3 Beigeordneten, die Dezernate leiten sollen. Für den Ersten Beigeordneten liegt das Vorschlagsrecht bei der CDU, für den Zweiten Beigeordneten bei der SPD. Die § 59, 60 BbgKVerf werden beachtet.

2. Kreishaushalt 2009 und Folgejahre

Grundlage der politischen Handlungsfähigkeit des Landkreises Havelland ist eine solide Finanzbasis. Diese vor dem Hintergrund einer sich abschwächenden Konjunktur und den Auswirkungen der Finanzmarktkrise, aber auch steigender Ausgaben im Jugend- und Sozialbereich zu erhalten, hat oberste Priorität.

Die Zählgemeinschaft stellt ihr Handeln im Finanzbereich deshalb unter folgende Prämissen:

- Umsetzung wirksamer Kostenentlastungen im Bereich freiwilliger Aufgaben. Hierbei ist besonders auf tatsächliche kreisliche Zuständigkeiten, messbaren Fördereffekt sowie angemessene finanzielle Eigenbeteiligung von Gemeinden, Maßnahmeträgern und Förderempfängern zu achten.

- Unterstützung aller wirksamen Maßnahmen und organisatorischen Schritte der Verwaltungsführung, die auf eine Degression der Personal- und Sachkosten hinwirken.

- Unterstützung der Revision von Leistungsverträgen, Einrichtungs- und Projektzuschüssen jeglicher Art unter Bedarfsgesichtspunkten sowie der Optimierung von Preis und Leistung

- Abbau der Schulden und Reduzierung der Negativrücklage

- Verbesserung der Einnahmen des Landkreises durch Stärkung des Mahn- und Vollstreckungswesens, Revision von Miet- und Pachtverträgen, Entgelten und Verwaltungsgebühren

- Stabilisierung, teilweise Verbesserung der Gebührenhaushalte durch Erhöhung des Kostendeckungsgrades

- Beteiligung der Kommunen an einer angemessenen Finanzausstattung des Landkreises durch den Hebesatz der allgemeinen Kreisumlage. Dieser muss im Weiteren mit den im Rahmen der Pflichtaufgaben des Kreises den Gemeinden beziehungsweise ihren Bürgern insgesamt zufließenden Finanzleistungen angemessen korrelieren.

- Überprüfung aller langfristigen Großinvestitionen auf Plausibilität und Notwendigkeit

3. Wirtschaftsförderung, wirtschaftliche Betätigung, Tourismus

Die Vertragspartner sehen den Bereich der kreislichen Wirtschaftsförderung und der Infrastrukturentwicklung als einen politischen Handlungsschwerpunkt. Sie werden versuchen gewerbliche und industrielle Projekte, Unternehmensansiedlungen, den Aufbau und die Entwicklung von Branchenkompetenz und regionaler Wirtschaftskreisläufe im Benehmen und in Ergänzung zur Verwaltung zu befördern.
Chancenreiche Projekte regionaler Wirtschaftsentwicklung sollen, soweit auf kreisliche Förderung angewiesen, prioritär nach Maßgabe des Haushaltes unterstützt werden.
Die Zählgemeinschaft unterstützt die jährliche Auflage des kleinen Handwerkerprogramms in Verbindung mit der Umsetzung kreislicher Investitionen.

Unter der Voraussetzung ausreichender Wirtschaftlichkeit, die derzeit durchgängig gegeben ist, wird die wirtschaftliche Tätigkeit des Landkreises in seinen Unternehmen Bestand haben. Eventuelle Ausweitungen wirtschaftlicher Betätigung werden streng daran entschieden, ob es sich um unmittelbare Aufgaben der Daseinsvorsorge handelt.
Ferner sind sich die Vertragspartner einig, dass für die Arbeitsförderungsgesellschaft AFP Premnitz ein Aufsichtsrat eingesetzt wird.

Die Fraktionen von SPD, CDU, FDP und BAUERN PLUS sehen es als sachgerecht an, dass der Landkreis Havelland über die Mitgliedschaft im Tourismusverband Havelland e. V. den maßgeblichen Teil seiner Tourismusaktivitäten, insbesondere die Vermarktung der Region bündelt. Die Vertragspartner unterstützen die Entwicklung des Vereins zum leistungsfähigen Reisegebietsverband.
Die Vertragspartner wollen die konzeptionellen Grundlagen der kreislichen Tourismusentwicklung unter der Federführung von Verwaltung und Tourismusverband, bei Einbeziehung der Städte und Gemeinden stärken. Hierzu gehört ein Radwege-entwicklungskonzept. Die Zählgemeinschaft fördert die enge Begleitung der Vorbereitung der Bundesgartenschau 2015 durch den Landkreis.
Schloss Ribbeck wird als kulturtouristisches Zentrum des Landkreises entwickelt und betrieben.

4. Kultur- und Sportförderung

Kultur- und Sportangebote sind wichtige Bestandteile guter regionaler Lebensqualität und wichtige Standortfaktoren für Entwicklung. Dies zu sichern ist zunächst unmittelbare Selbstverwaltungsaufgabe der Städte und Gemeinden.

Die Zählgemeinschaft wird deshalb die Praxis des Landkreises beibehalten, in diesen Aufgabenbereichen vornehmlich übergemeindliche, regionale bedeutsame Angebote und Projekte (Beispiel: Havelländische Musikfestspiele) und kreisweit agierende Institutionen (wie etwa den Kreissportbund) nach Maßgabe des Haushaltes zu fördern.
Die vorgehaltenen institutionellen Angebote des Landkreises, insbesondere das Kulturzentrum Rathenow in Partnerschaft mit der Kreisstadt und die Musik- und Kunstschule mit ihren Filialen, werden weiter gesichert.
Auch mit Blick auf die nachhaltige Wirkung in der allgemeinen präventiven Jugendarbeit soll im Bereich des Sports die Förderung etwa auf dem bisherigen Niveau beibehalten werden.

Mit einem mehrjährigen Sportstättenförderprogramm ab 2009, von dem primär Sportvereine profitieren sollen, will die Zählgemeinschaft auch über 2008 hinaus Investitionen im kommunalen Raum erleichtern.

5. Schulen, Schulentwicklungsplanung, Schülerbeförderung

Bildung legt den Grundstein für die Zukunft unserer Kinder und des Gemeinwesens. Insofern besteht zwischen den Fraktionen von SPD, CDU, FDP und BAUERN PLUS Konsens, das kreisliche Schulwesen weiter als erstrangigen Schwerpunkt der Absicherung von Investitionsbedarf und bezüglich der Erfordernisse eines guten Schulbetriebes zu bedienen.
Nach Inbetriebnahme des Erweiterungsbaues des kreislichen Gymnasiums in Dallgow-Döberitz und des sanierten OSZ Nauen werden so ab 2010 insbesondere die Objekte und Bedürfnisse der Berufsbildung in Rathenow (OSZ), die Kooperationsschule in Friesack und die Allgemeine Förderschule in Rathenow besondere Priorität im Kreishaushalt genießen.
Ferner werden die Vertragspartner ein mehrjähriges Kleininvestitionsprogramm für Schule auflegen, um die Schulträger in ihrem Bemühen zu unterstützen, den Ausstattungsstandard der Schulen zu ergänzen und zu modernisieren und damit bessere Unterrichtsbedingungen zu schaffen. In diesem Zusammenhang soll auch durch die Förderung geeigneter Maßnahmen erreicht werden, dass das Umfeld für Mittagsangebote in den Schulen verbessert wird.
Die Schwerpunktsetzung kann nicht die Erfüllung aller Wünsche und auch nicht die umgehende Absicherung jeglichen Bedarfs sein.

Die Vertragspartner setzen sich dafür ein, im Rahmen der Volkshochschulausbildung im Ost- wie im Westhavelland zusätzliche Angebote zum Erwerb der Berufsbildungsreife aufzubauen.

Im Bereich der Schülerbeförderung soll geprüft werden, welche Auswirkungen die Einführung einer kostenfreien Schülerfahrkarte zwischen Wohnung – Schule – Wohnung hätte. Gegebenenfalls ist ein externes Unternehmen mit dieser Prüfung zu beauftragen.
In der öffentlichen Bezuschussung der Schülerbeförderung ist insgesamt zu vermeiden, dass dies ein nennenswertes Kriterium von Schulwahlverhalten wird.

Umsetzung der Sozial- und Arbeitsmarktreformen (HARTZ IV)

Die Zählgemeinschaft wird die Kreisverwaltung bei Umbau und Ausbau von Funktionalität und Leistungsfähigkeit des Integrations- und Leistungszentrums Havelland (ARGE) tatkräftig unterstützen. Vor dem Hintergrund der geplanten Umstrukturierung der ARGE aufgrund verfassungsgerichtlicher Vorgaben ist darauf zu achten, dass der Landkreis maximalen Einfluss auf die ARGE erhält.
Die ARGE Havelland soll unter der schwierigen Arbeitsmarktlage neben der sachgerechten Leistungsgewährung für die Bürger ein Maximum an möglicher Qualifizierung, Integration in Arbeit und auch öffentliche Beschäftigung sichern.
Die Zusammenarbeit von Landkreis, Gemeinden, Agentur und anderen Institutionen und Maßnahmeträgern wird dahin gehend unterstützt, anspruchsvolle Beschäftigungsprogramme mit sinnvoller gemeinnütziger Wirkung zu entwickeln und umzusetzen.
Die Fraktionen von SPD, CDU, FDP und BAUERN PLUS setzen sich unter der Voraussetzung, dass es die Haushaltslage zulässt, für die Verstetigung des 100-Stellenprogramms ein. Das ESF-Landesprogramm (Regionalbudget) wird fortgesetzt.

7. Kinder- und Jugendhilfe

Die Unterzeichner sind sich einig, dass der Sachlage entsprechend Kinder- und Jugendhilfe einen hohen Stellenwert und sicheren Rahmen der Arbeit bedarf.
Dem widerspricht nicht, dass die Fraktionen es für erforderlich halten, in den kommenden Jahren auch weiterhin Aufwände und Finanzmitteleinsatz in den einzelnen Sektoren kreislicher Kinder- und Jugendhilfe einer nachhaltigen Überprüfung zu unterziehen.
Die Vertragspartner unterstützen insbesondere:

- die Verstärkung der qualitativen und finanziellen Steuerung im Pflichtaufgabenbereich, den kritischen Dialog mit den Leistungspartnern und die Revision von Leistungsverträgen

- die Verbesserung von Organisation und Steuerung im Kita-Bereich mit dem Ziel angebotsdifferenzierter, kostendämpfender Betreuung

- die Stabilisierung der Tätigkeit von Tagesmüttern, als ergänzende Form der Kinderbetreuung

- die besondere Förderung von heimvermeidenden Maßnahmen

- den Einsatz der beschränkten Mittel für freiwillig und präventive Aufgaben nach Prioritäten, die insbesondere nach breiter und messbarer Wirkung (Kosten-Nutzen-Relation), angemessenen Eigenanteilen von Gemeinden, Maßnahmeträgern und Begünstigten sowie eingebrachten Ehrenamt zu vergeben sind.

Die bekannten PKR-Stellen, mindestens 10 Stellen des 100-Stellenprogramms (und gegebenenfalls andere Personalkostenförderungen der allgemeinen Jugend- und Sozialarbeit des Landkreises) sollen nach Maßgabe des Haushaltes und fachlicher Prioritätensetzung für Jugendarbeit bewilligt werden. Fachliche Prioritäten werden in der Reihenfolge Schulsozialarbeit, Sport, allgemeine Jugendarbeit festgelegt. Vor und nach Bewilligung sind die Maßnahmen regelmäßig auf Qualität und Effekt zu prüfen.

e Unterzeichner sind sich einig, dass insgesamt die Eigenverantwortung von Eltern wieder ärker Eingang in die Betrachtung von Erziehung und Jugendarbeit haben muss.
Auf die Stärkung und Unterstützung von Ehrenamt im Aufgabenbereich ist besonders zu achten.

8. Verwaltungsmodernisierung

SPD, CDU, FDP und BAUERN PLUS werden gemeinsam Schritte zur Modernisierung der Verwaltung unterstützen. Versuche und Modellprojekte, die wie im jugendärztlichen Dienst Verwaltungsleistungen zur Wahrnehmung auf Dritte übertragen, werden wohlwollend und förderlich begleitet. Die bestehenden Bürgerservicedienste des Landkreises in Rathenow, Nauen und Falkensee sollen in geeigneter Form bei Bedarf im Aufgabenspektrum erweitert werden.

Die bestehende regionale Aufgliederung der Verwaltung hat grundsätzlich Bestand.

Die Vertragspartner unterstützen eine von der Verwaltungsführung vorgesehene Verwaltungsreform ab I. Quartal 2010. Sie wird die erforderliche Neuorganisation der Zusammenarbeit mit der Bundesagentur für Arbeit zur Umsetzung des SGB II auf Grund bundesgesetzlicher Vorgaben abbilden und einen ausgewogeneren Zuschnitt der Dezernate der Fachverwaltung umfassen.

9. Abfallwirtschaftspolitik

Der Landkreis hat sich mit dem Aufbau einer mechanisch-biologischen Abfallbehandlungsanlage in Schwanebeck für eine weitgehend autonome Aufgabenwahrnehmung entschieden. Die Vertragspartner sind sich darin einig, diesen Weg im Sinne einer langfristigen Entsorgungssicherheit für die Bürgerinnen und Bürger bei größtmöglicher Gebührenstabilität fortzusetzen.
Der Ausbau des Standortes Nauen - Schwanebeck zu einem komplexeren Abfallwirtschafts- und Gewerbezentrum wird weiter vorangetrieben.

10. Integrierte ländliche Entwicklung

Den Folgen des demografischen Wandels muss gerade auch im ländlichen Raum deutlich entgegen gewirkt werden. Die Vertragspartner haben mit der Verabschiedung des integrierten ländlichen Entwicklungskonzeptes durch den Kreistag tragfähige Perspektiven durch Schwerpunktprojekte gelegt. SPD, CDU, FDP und BAUERN PLUS unterstützen die lokale Leader-Arbeitsgruppe in ihrem Bemühen, um koordinierte Förderung des ländlichen Raumes.

Im Rahmen der Mitverantwortung des Landkreises für eine geordnete Wasserregulierung und deren Bedeutung für Leben und Wirtschaft in Teilregionen, wird nach Haushaltslage und antragsbezogen die Ertüchtigung von Schöpfwerken und anderen wasserbaulichen Anlagen gefördert.

. Sicherung des übrigen ÖPNV, Zukunft des SPNV

Der Landkreis als Aufgabenträger des übrigen ÖPNV (Busverkehr) hat diese Aufgabe seit 2005 mit rückläufigen Zuweisungen des Landes und Eigenmitteln sicher zu stellen.
Trotz dieses Umstandes ist es bereits gelungen in den Verkehrsräumen Falkensee, Dallgow-Döberitz, Schönwalde-Glien, Brieselang und Wustermark merkliche Verbesserungen im Bedienangebot zu verwirklichen. Für die laufende Wahlperiode wird ebenfalls eine Optimierung in den weiteren Verkehrsräumen angestrebt.
Bislang sind alle Versuche gescheitert, durch regionale Abstimmung und Veränderung von Schulanfangszeiten nennenswerte Ressourcen freizusetzen, die weitgehend für zusätzliche Verkehre eingesetzt werden könnten. Aus Sicht der Fraktionen muss die Thematik weiter verfolgt werden.
In Konsequenz sind die Mittelzuweisungen an den Landkreis nach dem ÖPNV-Gesetz aus genannten Gründen vorrangig für die Sicherung des Verkehrsbetriebes, leider sehr nachrangig für Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur und Verkehrsmittel einsetzbar.

Aufgabenträger des SPNV sind die Länder.

Unbeschadet dessen setzen sich die Fraktionen von SPD, CDU, FDP und BAUERN PLUS nachhaltig für eine hohe Taktdichte auf den Regionalbahnlinien im Landkreis, insbesondere auch in der Relation Nauen-Berlin ein.
Zur Frage der Bewertung und dem Ziel eines S-Bahn-Lückenschlusses von Berlin-Spandau nach Falkensee besteht zwischen den Vertragspartnern kein Konsens.

Der Vertrag über die Bildung einer Zählgemeinschaft zwischen den Fraktionen von SPD, CDU, FDP und BAUERN PLUS im Kreistag Havelland tritt mit Unterzeichnung in Kraft und endet automatisch zur Neukonstituierung des Kreistages im Ergebnis der Kommunalwahlen 2014.

Rathenow, 2008- 4. 12.